



CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Historisches Rathaus – 50667 Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Historisches Rathaus
50667 Köln

Tel: 0221-221 259 70
Fax: 0221-221 265 74

www.fraktion.cdu-koeln.de
cdu-fraktion@stadt-koeln.de

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 11.06.2010

AN/1115/2010

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	17.06.2010

Fortführung der Kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle des Gesundheitsamtes

Sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU-Fraktion bittet Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 17.06.2010 zu nehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung die Arbeit der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstelle des Gesundheitsamtes (KJPB) zumindest bis zur Entscheidung über den geplanten Doppelhaushalt 2010/2011 sicherzustellen. Die Fortführung der bis zum 30.06. bzw. 30.07.2010 befristeten Arbeitsverträge ist durch eine vorläufige Finanzierung zu Lasten des Gesamthaushalts oder eine externe Finanzierung (Krankenkassen) darzustellen.

Begründung:

Viele Jahre lang gab es Bemühungen, beim Gesundheitsamt eine Kinder- und jugendpsychiatrische Beratungsstelle einzurichten. Im April 2009 hat die Beratungsstelle dann endlich ihre Arbeit aufgenommen. Das Angebot wurde sehr gut angenommen. Seit Einrichtung dieser Clearingstelle ist es gelungen, ein umfassendes Angebot, das sich stark vernetzt hat, aufzubauen.

Der Beratungsdienst unterstützt nicht nur die Kinder und Jugendlichen, sondern insbesondere auch Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und andere

in der Kinder- und Jugendarbeit tätige Personen. Die Präventivwirkung, die nicht nur zu einer frühzeitigen bedarfsgerechten Hilfe führt, sondern letztlich auch hilft, Kosten zu sparen, weil Angebote zielgenau vermittelt werden können und frühzeitig greifen, darf nicht unterschätzt werden. Gerade in den letzten Monaten haben viele Experten öffentlich auf das unzureichende Angebot der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung in Köln hingewiesen (s. Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.03.2010 (AN/0526/2010)).

Dabei handelt es sich um eine Pflichtaufgabe des Gesundheitsamtes. Die gewählte Organisationsform dieser Beratungsstelle ist die effizienteste Möglichkeit, diese Aufgabe wahrzunehmen.

Wenn die Beratungsstelle durch den Personalverlust zum 30.06. bzw. 30.07.2010 sukzessive ihre Arbeit einstellen muss, verstößt die Stadt damit nicht nur gegen ihre Verpflichtung zur Wahrnehmung dieser Aufgabe. Vielmehr werden die aufgebauten Strukturen dauerhaft zerschlagen und die bisherigen Aufwendungen und Bemühungen zunichte gemacht. Die Folgekosten für das Aufgeben der Beratung sind deutlich höher als die der Beibehaltung.

Die Verschiebung der Haushaltsplanberatungen in einen Doppelhaushalt 2010/2011, auf deren fatale Folgen die CDU-Fraktion von Anfang an hingewiesen hat, darf nicht dazu führen, dass dieses wichtige Angebot wegen des erst im Herbst 2010 zu verabschiedenden Haushaltes und der damit verbundenen vorläufigen Haushaltsführung zerschlagen wird.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Sachverhalt wurde im Rahmen eines mündlichen Berichtes zum Thema „Vorstellung des Sachgebietes Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes“ in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 08.06.2010 bekannt. Die mit der Aufgabenwahrnehmung beauftragten Stellen sind z. T. bis zum 30.06.2010 befristet, so dass ab diesem Zeitpunkt die Arbeit der KJPB erheblich gefährdet wird mit nicht absehbaren Folgen für die Versorgung der Kinder und Jugendlichen in Köln. Die Arbeit der Beratungsstelle ist von hohem präventivem Wert und damit unverzichtbar. Die aufgebauten Strukturen dürfen nicht zerschlagen werden. Diese gilt es bis zur geplanten Entscheidung über den Doppelhaushalt 2010/2011 im Herbst zu sichern.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Götz